

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Inserate: Kleine Petitzelle 20 Bfg.
 Fernruf: Nr. 20.
 Postfachtonio: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

75. Abstraktion.

Berlin, 5. Oktober.

An das deutsche Meer und die deutsche Marine!

Ich habe mich im Einvernehmen mit unseren Verbündeten entschlossen, dem Feinde nochmals den Frieden anzubieten. Doch nur zu einem ehrenvollen Frieden werden wir die Hand reichen, das Schulden wir den Helden, die ihr Leben für das Vaterland gelassen haben, das Schulden wir unseren Kindern. Ob die Waffen ruhen, steht noch dahin. Bis dahin dürfen wir nicht erlahmen, wir müssen wir bisher alle Kraft daran setzen, unermüdet dem Anmarsch des Feindes standzuhalten. Die Stunde ist ernst, aber wir haben uns, im Vertrauen auf unsere Kraft und Gottes gnädige Hilfe, stark genug, unsere geliebte Heimat zu verteidigen.

Wilhelm I. R.

Sofortiger Waffenstillstand und Friedens-
verhandlungen.

Berlin, 8. October.

„Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herrschaft des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegsführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seiner späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. Dezember aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.“

Max Ring von Baden, Reichsanwalt.

Die Note Österreich-Ungarns.

Wien, 5. October.

„Die österreichisch-ungarische Monarchie, welche den Krieg stets nur als Verteidigungskampf geführt und wiederholt ihre Bereitwilligkeit bekundet hat, dem Blutvergießen ein Ende zu machen und zu einem gerechten und ehrenvollen Frieden zu gelangen, tritt hiermit an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Antrage heran, mit ihm und seinen Verbündeten einen sofortigen Waffenstillstand zu Lande, zur See und in den Lüften abzuschließen und im unmittelbaren Anschluß hieran in Verhandlungen über einen Friedensschluß einzutreten, für welche die 14 Punkte der Botschaft des Herrn Präsidenten Wilson an den Kongreß vom 8. Januar und die hier in der Rede des Herrn Präsidenten Wilson vom 12. Februar 1918 enthaltenen Punkte als Grundlage zu dienen hätten, wobei auch auf die Ausführungen des Präsidenten Wilson vom 27. September 1918 Bedacht genommen wird.“

Die erste Reichstagsrede des Bringen Mar von Baden

C.B. Berlin, 5. Oktober.

Die Sitzung des Reichstages vom heutige Tage wird ewig denkwürdig in der Geschichte des Deutschen Reiches sein. Anhänger und Gegner des neuen Bundes sind einig in diesem Urtheil. Nur in seiner allergrößten Zeit hat der Reichstag solchen Besuch aufzuweisen und nur in der Bismarckschen Zeit sind Reden gehalten worden von so weittragender Bedeutung wie die des Brünen Max von Baden, mit der er sein Regierungsprogramm entwarf. Und während der neue Kanzler seine welgeschichtliche Rede verlas, während er wiederholt betonte, daß er nur amtierte, weil er sich auf die breite Masse des Volkes stützen könne, standen hinter ihm die Könige, Großer, Schreiermann und Erzberger, die neuen Staatssekretäre, die Vertreter der neuen Zeit, deren Eintritt die Rede des Kanzlers nicht nur ankündigte, sondern gewissermaßen vor aller Welt sichtbar machte. Alle Anwesenden fanden im Pann der Worte des Brünen, die in ihrer schlichten

Enschlichkeit, in ihrer herzergreifenden Wärme, in ihrer Schwungkraft und ihrer mächtigen Vaterlandsliebe in allen deutschen Gauen ein Echo finden werden; aus ihnen sprach das Leid eines Volkes, das vier Jahre einer Welt von Feinden erfolgreich und heldisch Widerstand geleistet hat, das aber, wenn möglich, weiteres Blutvergießen vermeiden will, aus ihnen auch die trotzig-euergetische Energie einer Nation, die, wenn die Friedenshand abermals zurückgeschoben werden sollte, entschlossen ist, den Kampf um Leben, Ehre und Freiheit mit verdoppelter Kraft fortzusetzen. Der Rede des Kanzlers ging eine kurze Ansprache des Reichstagspräsidenten Fehrenbach voraus, die dem Ernst der Lage, insbesondere der militärischer Lage, Rechnung trug und Gruk und Dank dem Heere ansprach, das bisher allen feindlichen Angriffen standgehalten habe. Ebenso dankte der Reichstagspräsident dem scheidenden Reichskanzler und begrüßte den neuen Kanzler, dessen Name einen guten Klang in der ganzen Welt habe und dessen freiheitliche Denkart und humaner Sinn das deutsche Volk mit Vertrauen in sein künftiges Wollen erfüllte.

Sitzungsbericht.

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Brins, Max von Baden, v. Bamer, Dr. Goltz, v. Roedern, v. Stein, Dr. Friedberg, v. Ellenhardt-Rothe, v. Wisberg, Mühlh. v. Waldborn, Scheidemann, Groeber, Graberger, Bauer, Drews, Freidrich vom Elm, Schiffer, Dergt, Davenheim und zahlreiche Kommissäre aller Bundesstaaten. Die Tribunen sind überfüllt, das Haus ist gut besetzt. In der Hofloge wohnt Brins. August Wilhelm den Verhandlungen bei.

Präsident Hebrardus eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache: Seitdem wir am 13. Juli voneinander getrennt sind, haben sich Ereignisse zugegetragen, die uns Sorge bereiten. Unsere Bekanntschaft ist nach einer stürmischen Offensive in die Defensive und eine langsame Rückwärtsbewegung übergegangen. Seit Wochen härmten immer neue Scharen unserer Feinde und ihrer zahlreichen Hilfsvölker gegen den von unseren tapferen Truppen gebildeten Ball. Wir sind der festen Zuversicht, daß, wie es den feindlichen Angriffen bisher nicht gelungen ist, diese Schutzwache zu durchbrechen, dies auch in der Zukunft nicht der Fall sein wird, dank dem Heldennuthe der Söhne aus allen Gauen unseres Vaterlandes, die das Bewußtsein haben, doch auf fremdem Boden Heim und Heimal zu verteidigen. Den tapferen Kriegern gilt unser Gruß und der heiße Dank unseres Vaterlandes. (Lebte. Beifall.)

der heisse Dan unteres Vaterlandes. (Lebdt. Heuau.)
Im Osten haben die Oeere unserer verbündeten Bulgaren
und Türken schwere Niederlagen erlitten. Bulgarien ist aus
dem Bieckbunde aufgetrieben und hat mit seinen Gegnern
einen Waffenstillstand geschlossen. Im Innern hat Graf
Dering die ererbte Entlassung aus dem Amte des Reichs-
kanzlers erhalten, nachdem er dasselbe nicht once ein Jahr
verwaltet hatte. Übergangszeiten tragen in ihrem Schooße
immer Scholerigkeiten; sie find auch dem Grafen Dering
nicht erspart geblieben. Da er sie nicht mehr meistern konnte,
schied er; aber hoch soll es seiner politischen Weisheit und
seinem vaterländischen Sinn angerechnet werden, daß er die
neuen Wege, die er selbst nicht mehr begehen konnte, ansetzt
und ebnete. Vor uns steht in mannigfacher Veränderung
eine neue Regierung, an ihrer Spitze als Kanzler Seine
Majestät Prinz Max von Baden. Sie werden es mit nicht
verdanken, wenn ich, der Mann aus dem badiſchen Volk aus
dem Präsidentenstuhl, dem Sproß des badiſchen Fürstenhauses
am Reichskanzlerplatze die wärmsten heimathlichen Grüsse der
Bewunderung und Freude ausbreite. In Baden hat der
Onkel unſeres jetzigen Kanzlers das Wort gesprochen, daß es
keinen Gegensatz gebe zwischen Fürsten- und Volkrecht; in
anderen deutschen Landen ist der gleiche Gedanke in die Worte
gefaßt worden, daß der Oberste im Staate sein erster Diener
ist. Von der neuen Reichsleitung erhoffen wir ausserdubel,
daß sie in steter inniger Fühlungsname mit dem Volke und
nur aus des Wohl des Volkes bedacht, ihres hohen und
angewichtigen Amtes walten möge. (Lebdt. Beifall.)

Eine neue Zeit

ist im politischen Leben des deutschen Volkes angebrochen. Es ist selbstverständlich, daß manche Kreise im Hinblick auf die Grobheiten der Vergangenheit diesem Reuen kritisch, zweifelnd ja sogar ablehnend gegenüberstehen. Wir erschöpfen nicht die Leistungen der neuen Zeit eine vernehmende und stärende Wirkung. Ihre Geburtsstätte ist heiliger Boden: das Schlachtfeld und der Schützengraben, die heimliche Arbeitsstätte, wo jeder deutsche Mann ohne Unterschied alles Gut und Blut, drangsbt für des Vaterlands Rettung. Der Name des neuen Kanzlers hat einen guten Klang in der ganzen Welt. Das wird seinen auf den Frieden und die Verständigung der Völker gerichteten Bestrebungen fördernd sein. Möge Gottes Segen auf der Arbeit der neuen Regierung und des Reichstages ruhen.

Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein.
Einzigster Punkt der Tagesordnung ist: Entgegennahme von
Mitteilungen des Herrn Reichskanzlers.
Präsident Fehrenbach erteilt dem Reichskanzler
das Wort.

Reichsfürstlicher Prinz Max von Baden:

Gemäß dem Kaiserlichen Erlaß vom 30. September hat das Deutsche Reich eine grundlegende Umgestaltung seiner politischen Leitung erfahren. Als Nachfolger des um ein Vaterland aufs Höchste verdienten Grafen von Werlling bin ich von Seiner Majestät dem Kaiser an die Spitze der neuen Regierung berufen worden. Es entspricht dem Wesen der nunmehr bei uns eingeführten Regierungswelse, daß ich dem Reichstage ohne Bezug vor der Öffentlichkeit die Grundzüge darlege, nach denen ich mein verantwortungsreiches Amt zu führen gedenke.

Diese Grundzüge sind, bevor ich mich zu der Übernahme der Kanzlergeschäfte entschlossen, im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen und mit den Führern der Mehrheitspartien dieses Hohen Hauses festgelegt worden. Sie enthalten mithin nicht nur mein eigenes politisches Glaubensbekenntnis, sondern auch das des weit überwiegenden Theiles der deutschen Volkvertretung, also der deutschen Nation, die den Reichstag auf Grund der allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts nach ihren Wünschen zusammengebracht hat.

Nur die Thatsache, daß ich die Überzeugung und den Willen der Mehrheit des Volkes hinter mir weis, hat mir die Kraft gegeben, in der schweren und ernsten Zeit, die wir mit

Der Entschluß, dies zu tun, ist mir besonders dadurch erleichtert worden, daß in der neuen Regierung auch maßgebende

Vertrauensmänner der Arbeiterchaft

zu den höchsten Ämtern im Reich gelangt sind. Ich lebe darin die sichere Bürgschaft dafür, daß die neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Masse des Volkes getragen ist, ohne dessen Überzeugungsstreue Gefolgschaft ihr ganzes Handeln von vornherein zum Mißlingen verurteilt wäre.

Das Programm der Mehrheitsparteien, auf die ich mich kühne, enthält zunächst ein Bekenntnis zu der Antwort des früheren Reichsregierung auf die Note des Papstes vom 1. August 1917 und die bedingungslose Zustimmung zu der Entschliessung des Reichstages vom 19. Juli desselben Jahres. Es befundet ferner die Bereitwilligkeit, sich einem allgemeinen Bunde der Völker auf Grund der Gleichberechtigung aller, also der Starke und Schwachen, anzuschliessen. Die Lösung der viel umstrittenen belgischen Frage steht es in der völligen Wiederherstellung Belgiens, insbesondere seiner Unabhangkeit und seines Gebietsumfanges.

Auch eine Verständigung über die Entschädigungsfrage soll angestrebt werden.

Die bisher geschlossenen Friedensverträge

will das Programm zu seinem Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß werden lassen. Es strebt insbesondere an, daß sich in den baltischen Ländern, in Litauen und Polen alsbald auf breiter Grundlage Volksvertretungen bilden. Das Zustandekommen der dazu nötigen Voraussetzungen wollen wir ohne Verzug durch die Einführung von Stillsverwaltungen fördern. Ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern sollen diese Gebiete selbständig regeln.

In der inneren Politik

habe ich durch die Methode, in der sich die Regierungsbildung vollzog, klare und feste Stellung genommen. Auf meinen Vorschlag sind die Führer der Mehrheitsparteien zu meinen unmittelbaren Ratsberatern berufen worden.

Meine Herren, ich war der Überzeugung, daß die Eintheiligkeit der Reichsleitung nicht nur gewährleistet werden sollte durch die bloß scheinmäßige Parteizugehörigkeit der einzelnen Regierungsmitglieder, sondern ich hielt für fast noch wichtiger die Eintheiligkeit der Gesinnung. Von diesem Gesichtspunkte bin ich ausgegangen auch bei der Wahl meiner Mitarbeiter, die nicht dem Parlament angehören.

Ich habe das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Mitglieder der neuen Reichsleitung aus dem Standpunkt des Rechtsfriedens sehen, unabhängig von der Kriegslage, daß sie sich zu diesem Standpunkt auch öffentlich bekannt haben in einem Zeitpunkt, da wir aus dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen.

Meine Herren, ich bin überzeugt, daß die Art, in der jetzt die Reichsleitung unter Mitwirkung des Reichstags gebildet worden ist, nicht etwas Vorübergehendes darstellt und daß im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, die sich nicht stützt auf den Reichstag und die selbst auch ihm führenden Männer entnimmt.

Der Krieg hat uns über das alte, vielfach zerrissene Parteienleben hinausgeführt, das es so sehr erwiderte, eines einheitlichen, entschlossenen, politischen Willen zur Durchführung zu bringen. Wehrheitsbildung heißt politische Willensbildung, und ein unbestreitbares Ergebnis des Krieges ist, daß in Deutschland zum ersten Male große Parteien sich zu einem festen, einheitlichen Programm zusammengeschlossen haben und damit in die Lage gekommen sind, das Schicksal des Volkes von sich aus mitzubestimmen. Dieser Gedanke wird niemals erlöschen.

diese Entwicklung niemals rückgängig gemacht werden.

Dabei vertraue ich, daß, solange Deutschlands Schicksal von Gefahren umrandet ist, auch die außerhalb der Mehrheit stehenden Volkskreise und deren Vertreter, die nicht der Reichsleitung angehören, alles Fremdenbe zurtüchtellen und dem Vaterlande geben, was ihm heute schäbft. (Beifall.)

Diese Entwidlung macht eine Änderung unserer verfassungsmässigen Vorarbeiten im Sinne des kaiserlichen Erlasses vom 30. September erforderlich, die uns ermöglicht, das diejenigen Mitglieder des Reichstags, die in die Reichsleitung eintreten, ihren Sitz im Reichstage behalten. Eine entsprechende Vorlage ist dem Bundesrate vorgegangen und wird Ihrer Beschlussfassung unverzüglich unterbreitet werden.

Meine Herren! Bleiben wir eingebend der Worte, die der Kaiser am 4. August 1914 gesprochen und die ich im Dezember vorigen Jahres in Karlsruhe in die Worte fassen durfte: Wohl gibt es Parteien, aber es sind alles Deutsche. (Beifall.) Unter dem Zeichen dieses Kaiserwortes muß sich auch die politische Entwicklung in dem führenden deutschen Bundesstaat, Preußen vollziehen und die Verfassungen des Königs von Preußen, die das demokratische Wahlrecht versprechen, schnell und reiflos erfüllt werden.

Die preussische Wahlrechtsfrage ist bei der über-
ragenden Stellung Preussens eine deutsche Frage und ich
wünsche nicht, daß auch die Bundesstaaten, die in der Ent-
wicklung ihrer verfassungsmäßigen Zustände noch zurückgeblieben,
dem preussischen Beispiele entschlossen folgen werden. (Beifall.)
Dabei halte ich unerlässlich fest an den föderativen
Grundlagen des Reiches als eines Bundesstaates, dessen
einzelne Glieder ihr inneres Verfassungsleben in voller Selb-
ständigkeit bestimmen, ein Recht, auf das auch Elsas-Lothringens
voller Anspruch hat. Die Selbständigkeit und Vielgestaltigkeit
des Lebens in den einzelnen Bundesstaaten, das enge treue
Verhältnis, das jeden Deutschen mit seiner Heimat und seinem
Vandensherren verbindet, sind die Quellen, aus denen die un-
vergleichliche Kraft, die Vaterlandsliebe und Opferbereitschaft
des deutschen Volkes während des ganzen Krieges geflossen
sind. Durch die ganze Kriegszeit haben sich die Klagen hin-
durchgezogen über die

Handhabung des Belagerungszustandes.
 Sie haben trennend und verblüthend gewirkt und die fruchtbarste
 Mitarbeit an den schweren Aufgaben der Kriegszeit geleistet.
 Bis auf weiteres können, wie das Beispiel aller kriegsführenden
 Staaten lehrt, die außerordentlichen Nothverhältnisse nicht
 embeizt werden, die der Belagerungszustand verleiht. Aber
 es muß ein enges Verhältniß zwischen dem Militär und der
 Zivilbehörden hergestellt werden, das es ermöglicht, daß in

allen nicht rein militärischen Angelegenheiten, als besonders auf dem Gebiete der Zensur, des Vereins- und Versammlungswesens, die Gesichtspunkte der stillen Verwaltungsbefugnisse maßgebend zur Geltung kommen und daß die Entscheidung letzten Endes unter die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gestellt wird. (Beifall.) In diesem Sinne wird ein Befehl des Kaisers an die Militärbehörden ergehen und die kaiserliche Verordnung vom 4. Dezember 1918 unversichtlich entsprechend ausgebaut werden. Mit dem 30. September 1918, dem Tage des Erlasses, beginnt

eine neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte. Die innere Rüstung, die damit in ihren Grundzügen vor-gezeichnet ist, ist von entscheidender Bedeutung für die Frage über Krieg und Frieden. Die Stokkraft, die die Regierung in ihren Bestrebungen um den Frieden hat, hängt davon ab, daß hinter ihr ein einheitlicher und fester, unerschütterlicher Volkswille steht: nur wenn die Feinde fühlen, daß deutsche Volk stehende geschlossen hinter seinen verantwortlichen Staats-männern, nur dann können Worte zu Taten werden. Die deutsche Regierung wird bei den Friedens-Verhandlungen dahin wirken, daß in die Verträge Vor-schriften über

Arbeiterentschädigung und Arbeiterversicherung aufgenommen werden, welche die vertragsschließenden Regie-rungen verpflichten, in ihren Ländern binnen einer gemessenen Frist ein Mindestmaß gleichartiger oder doch gleichwertiger Einrichtungen zur Sicherung von Leben und Gesundheit, sowie zur Versorgung der Arbeiter bei Krankheit, Unfall und Invalidität zu treffen. Ich rechne bei der Vorbereitung auf den sachkundigen Rat der Arbeiterverbände sowohl wie der Unternehmer.

Solange noch deutsche Volksgenossen in Gefangenschaft sind, werde ich mich um die warme Fürsorge für ihr Wohl mit allen Kräften bemühen. Auch der in unserer Gefangen-schaft lebenden Feinde werde ich mich in gerechter Weise fürsorgend annehmen.

Meine Herren, ich bin überzeugt, daß dieses Programm, von dem ich nur die Grundzüge dargestellt habe, den Ver-gleich mit allen fremden Regierungsgrundrissen ausbitt.

Von unmittelbarer Wichtigkeit sind die Forderungen, die die neue Reichsleitung in der kurzen Zeitraume ihres bis-herigen Daseins praktisch aus der Lage, die sie vorfand, und aus der Anwendung ihrer politischen Grundzüge auf diese Lage gezogen hat.

Mehr als vier Jahre des blutigsten Ringens gegen eine Welt von zahlenmäßig überlegenen Feinden liegen hinter uns: Jahre voll schwerer Kämpfe und schmerzlicher Opfer. Ein jeder von uns trägt seine Narben, nur allzu viele sogar noch offene Wunden — sei es im verborgenen Grunde der Seele oder an seinem opferbereiten Körper. Trotz-dem aber sind wir, starken Mutes und voll von zuver-sichtlichem Glauben an unsere Kraft entschlossen, für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nach-kommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn das un-abänderlich ist. (Lebhafter Beifall.) Mit tiefer heiliger Dank-barkeit gedenken wir unserer tapferen Truppen, die unter glänzender Führung während des ganzen Krieges fast über-menschliches geleistet haben und deren bisherige Taten sicher überdauern; daß unser aller Schicksal auch ferner in guten zu-verlässigen Händen bei ihnen liegt.

Im Westen tobt seit Monaten eine einsame, furchtbare, menschenmordende Schlacht. Dank dem unvergleichlichen Heldentum unserer Armee, das als unerschütterliches Rückgrat in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten, ist die Front ungeboren. Dieses italische Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zu-kunft sehen.

Gerade weil wir von dieser Gesinnung und Überzeugung befeuert sind, ist es aber auch unsere Pflicht, Gewißheit darüber herbeizuführen, daß das opfervolle blutige Ringen nicht einen einzigen Tag bis über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abbruch des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Ich habe deshalb auch nicht erst bis zum heutigen Tage gewartet, ehe ich handelnd zur Förderung des Friedensgedankens eintrifft.

Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reich und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen, habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note

gerichtet, in der ich ihn bitte, die Verbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen trügfährenden Staaten in Verbindung zu treten.

Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongressbotschaft vom 3. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, besonders auch in seiner New Yorker Rede vom 27. September, ein

Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können.

Was ich will, ist ein ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit, und ich glaube daran, daß ein solcher Friede zugleich auch der festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre. Zwischen den nationalen und den internationalen Wichtigtuereien sehe ich deshalb mit Bezug auf den Frieden keinerlei Unterschiede. Das Entscheidende liegt für mich ausschließlich darin, daß diese Gebote von allen Beteiligten mit derselben Ehrlichkeit als bindend anerkannt und geachtet werden, wie das von mir und den anderen Mitgliedern unserer neuen Regierung gilt.

So sehe ich denn mit der inneren Ruhe, die mir mein gutes Gewissen als Mensch und als Diener unseres Volkes verleiht, und die sich zugleich auf das feste Vertrauen zu diesem trosten, treuen, jeder Hingebung fähigen Volk und seiner unermesslichen Wehrmacht begründet, dem Ergebnis der ersten Verhandlung entgegen, die ich als leitender Staatsmann des Reiches übernommen habe. Wie dieses Ergebnis auch aus-fallen möge:

Ich weiß, daß es Deutschland fest entschlossen und innig finden wird —, sowohl zu einem rechtlichen Frieden, der jede eigenständige Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu dem Endkampf auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, und zu vernichten, nicht werden sollte.

Rein Jagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte, denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unüberlegliche Überzeugung um gar nicht weiter als um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde. (Beifall.)

Ich hoffe aber um der gesamten Menschheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot so auf-nimmt, wie wir es meinen. Dann wäre die Tür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit sowohl für uns wie für unsere Gegner geöffnet. (Lebhafter Beifall des ganzen Hauses.)

Nach dem Kanzler nahm Präsident Johnson das Vor-geschlagene an, die in den Säben gisfelten:

Im Namen des deutschen Volkes und des Reichstages dessen große Mehrheit mit diesem bedeutungsvollen Schritt der Regierung einverstanden ist, erkläre ich, daß wir das Friedensangebot billigen und uns zu eigen machen. (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident hat dann um die Ermächtigung, die nächst-

Stellung des Reichstages einzuberufen, sobald die Verabreichung erfolgt.

Abg. Dauter (M. Soz.) widerspricht dem Antrage auf Ver-tagung, erklärte aber das Einverständnis seiner Fraktion mit dem Friedensschritt der Regierung.

Auch der Abg. Seyda (Volk.) widerspricht der Vertagung. Nachdem noch Abg. Ebert (Soz.) der Öffnung Ausdruck gegeben hatte, das gesamte Volk werde alles tun, was der Frieden fördert, wurde der Vorschlag des Präsidenten mit allen Stimmen gegen die der Unabhängigen Sozialisten und Polen angenommen.

Wilson's fünf Punkte.

Aus der Rede des Präsidenten über Weltfrieden.

Berlin, 5. Oktober.

Präsident Wilson hielt bekanntlich am 27. September eine Rede zur Werbung für die amerikanische sogenannte Friedensanleihe. In dieser Rede verbreitete er sich ausführlich über seine Ansichten zur Möglichkeit eines Welt-friedens. Der damals nach Deutschland gekommene Text der Rede litt an manchen Verstümmelungen. Erst jetzt ist es möglich geworden, eine ausführliche Übertragung der Rede zu erhalten, die allerdings noch an einigen Un-klarheiten leidet, im wesentlichen aber ein deutlicheres Bild über das gibt, was der Präsident eigentlich sagte. Er sprach zunächst über die Anleihe und führte dann u. a. aus:

Wenn unsere Hoffnungen und Erwartungen am meisten gespannt sind, dann denken wir bestimmter als vorher an die Folgen, die vom Kriege abhängen und an das Ziel, das ver-realisiert werden muß. Denn der Krieg hat bestimmte Ziele, die wir nicht festsehen und die wir nicht ändern können. Kein Staatsmann und keine Repräsentation hat sie geschaffen und kein Staatsmann und keine Repräsentation kann an ihnen etwas ändern. Sie haben sich aus der Natur und aus den näheren Umständen des Krieges von selbst ergeben. Das einzige, was Staatsmänner oder Repräsentationen tun können, ist, sie auszuführen oder ihnen untreu zu werden. Sie waren am Beginn des Krieges vielleicht nicht klar, aber jetzt sind sie klar. Der Krieg hat über vier Jahre gedauert und die ganze Welt wurde hineingezogen. Der gemeinsame Wille der Menschheit wurde an Stelle des Einzelwillens ge- setzt. Die Ziele einzelner Staaten und einzelner Staats-männer haben vielleicht den Konflikt begonnen, aber weder sie noch ihre Gegner können ihm nach ihrem Belieben ein Ende geben. Der Krieg ist ein Völkerring geworden. Wir können keinen Ausgang einnehmen, der eine un-genügende Beilegung wäre.

Das Ergebnis des Krieges darf nicht durch eine Ver-handlung oder ein Kompromiß geordnet werden, sondern endgültig und ein für allemal mit voller unabweisender An-nahme des Grundgedankes, daß die Interessen der Schwächsten ebenso heilig sind, wie die Interessen der Stärksten. Das ist es, was wir meinen, wenn wir von einem dauerhaften Frieden sprechen. Wir sind alle darüber einig, daß kein Friede irgendwelche Art von Heilschen oder durch einen Ver-gleich mit den Mittelmächten erlangt werden kann, weil wir schon mit ihnen verhandelt haben und sie mit anderen Regierungen und Teilnehmern an diesem Kriege haben ver-handelt sehen, in Brüssel, in Wien und in Bukarest. Soweit ich sehe, muß die Bildung des Völkerbundes und eine klare Bestimmung seiner Gegenstände ein Teil und in gewissem Sinne der wesentlichste Teil des Friedensvertrages selbst sein. — Wilson formulierte seine fünf Punkte, deren Erfüllung er für notwendig zur Verbeiführung des Völkerrings hält, wie folgt:

Erstens. Die unparteiische Gerechtigkeit darf keine Unterscheidung zwischen denen einschließen, gegen die wir gerecht zu sein wünschen und denen, gegen die wir nicht gerecht zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigten kennt und keine verschiedenen Maßstäbe, sondern gleiche Rechte für die verschiedenen in Betracht kommenden Völker.

Zweitens. Kein besonderes oder abge-trenntes Interesse irgendeiner einzelnen Nation oder einer Gruppe von Nationen, das mit dem gemeinsamen Interesse aller unvereinbar ist, kann zur Grundlage irgendeines Teiles des Abkommens gemacht werden.

Drittens. Es kann in der allgemeinen gemein-samen Familie des Völkerbundes keine Verbände, Bündnisse oder besondere Abmachungen und Verhandlungen geben.

Viertens. Es kann, und das geht nicht mehr ins einzelne, keine besonderen wirtschaftlichen Kom-binationen innerhalb des Bundes geben, keine An-wendung irgendeiner Form wirtschaftlichen Boykotts oder Ausschlusses, abgesehen von der im Völkerring selbst als Strafmaßregel verhängten Ausschließung von den Weltmärkten, die als Mittel der Disziplin und der Kontrolle dient.

Fünftens. Alle internationalen Abmachungen und Verträge jeder Art müssen der ganzen übrigen Welt bekanntgegeben werden. Die Sonderbündnisse und die wirtschaftlichen Rivalitäten und Feindschaften sind in der modernen Welt eine ergiebige Quelle von Plänen und Leidenschaften geworden, die zum Kriege führten. Es wäre ein unaufrichtiger und unsicherer Friede, der das nicht durch bestimmte Formeln ausschließt.

Der Präsident fuhr fort: Das Vertrauen, mit dem ich über diese Dinge für unser Volk zu sprechen wage, entspringt nicht allein den Überlieferungen und den wohlbestandenen Grundrissen internationalen Vorgehens, zu denen wir uns immer bekannt und die wir immer befolgt haben. In dem-selben Sinne, in dem ich sage, daß die Vereinigten Staaten in keine besonderen Abmachungen und Vereinbarungen mit einzelnen Nationen eintreten, darf ich auch sagen, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, ihren vollen Anteil an der Verantwortlich-keit für die Aufrechterhaltung der gemeinsamen Ab-machungen und Verhandlungen zu übernehmen, auf dem der Friede fortan beruhen muß. Es ist eine Eigentümlichkeit dieses großen Krieges, daß, während die Staatsmänner nach Definitionen ihrer Ziele suchen und manchmal ihren Stand-punkt zu verändern scheinen, die Massen, von denen man an-nimmt, daß sie von den Staatsmännern geführt und geleitet werden, immer klarer und fester darüber wurden, wofür sie kämpfen. Die nationalen Ziele sind mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Das gemeinsame Ziel einer erleuchteten Menschheit hat ihre Stelle eingenommen. Das Urteil schlüssiger Männer ist immer einfacher, ehrlicher und einseitlicher ge-worden als das Urteil isolierter Geschäftsleute, die immer noch unter dem Eindruck stehen, daß sie ein Spiel der Macht mit hohem Einsatz spielen.

Zum Schluß besprach Wilson die „Friedensoffensiven“, denen er alle Bedeutung abspricht. Jeder Sieg, den die verbündeten Nationen gegen Deutschland erringen, bringe die Völker jener Art von Frieden näher, der aller Welt Sicherheit und Veruhigung geben soll. Deutschland deutet fortwährend „Bedingungen“ an, die es annehmen bereit wäre, und erfährt immer, daß die Welt keine Friedens-bedingungen haben will. Sie will den endgültigen Triumph der Gerechtigkeit und des anständigen Handelns (fair dealing).

Die Umbildung der Regierung.

Die Staatssekretäre ohne Vorteseuille.

Berlin, 5. Oktober.

Die Reichstagsabgeordneten Gröber, Scheidemann und Erzberger sind zu Staatssekretären ohne Vorteseuille ernannt worden. Auch die angekündigte Ernennung des Reichstagsabgeordneten Bauer zum Staatssekretär des neu zu errichtenden Reichs-Arbeitsamtes ist heute erfolgt. Im Laufe des gestrigen Tages ist nunmehr auch das Entlassungsgesuch des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Admiral v. Hinde vom Kaiser genehmigt und die Leitung des Auswärtigen Amtes Herrn Dr. Solf, dem bisherigen Staatssekretär des Reichskolonialamtes, übertragen worden.

Wie verlautet, wird Dr. Solf sich auch in seiner neuen Stellung während der Dauer des Krieges von seinem bisherigen Refektorium nicht trennen, dessen Geschäfte von dem Unterstaatssekretär Dr. Gleim geführt werden sollen. Wie verlautet, wird nunmehr Herr v. Berg aus seinem Amte scheiden. Nachdem eine Zeitlang der Staatssekretär v. Hinde als sein Nachfolger genannt war, wurde nunmehr als Ersatz für ihn von einem bekannten großstädtischen Mitbegründer der Diplomatie gesprochen, der bereits früher einmal im Gefolge des Kaisers gestanden hat.

Der neue Staatssekretär des Äußeren.

Der Nachfolger des Herrn v. Hinde, Dr. Solf, steht bereits seit Jahren im Vordergrund des politischen Lebens in Deutschland. Seine Gedanken über den Frieden und über die künftige Gestaltung der Beziehungen unter den Völkern sind aus seiner bekannten Rede in der deutschen Gesellschaft deutlich erkennbar geworden. Dr. Solf, der am 5. Oktober 1892 als Sohn eines Berliner Stadt-geordneten geboren wurde, hat eine bemerkenswerte Laufbahn zurückgelegt. Er ist seit dem Jahre 1896 bereits



Staatssekretär Dr. Solf

Er nahm seinen Abschied, um sich dem Studium der Rechtswissenschaft zu widmen, legte im Jahre 1892 die erste und im Jahre 1896 die juristische Staatsprüfung ab und trat dann in die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes ein. Im Jahre 1898 wurde er dem Gouvernement von Deutsch-Ostafrika als Bezirksrichter zugewiesen und brachte von diesem Tage dreizehn Jahre in den Kolonien zu. Im Jahre 1899 wurde er Präsident des Munizipalrates von Apia, als im Jahre 1900 Samoa in deutschen Besitz überging, wurde Dr. Solf zum ersten Gouverneur ernannt und befehligte diese Stellung elf Jahre lang. Nach dem Auscheiden Vindequists aus dem Kolonialamt übernahm Dr. Solf am 3. November interimistisch die Geschäftsführung des Reichskolonialamtes, am kurz darauf zum Staatssekretär ernannt zu werden. Während des Krieges hat er mehrfach seine Anschauung über unsere Kolonien dahin ausgesprochen, daß unsere Kolonien zu einem sicheren Besitz gestaltet werden müssen, und daß von einem Verlust der Kolonien unter keinen Umständen die Rede sein dürfe.

Begründung des Reichsarbeitsamtes.

Im Reichsgesetzblatt wird ein kaiserlicher Erlass ver-öffentlicht, der die Errichtung des in den letzten Tagen mehrfach erwähnten Reichsarbeitsamtes mit folgenden Worten ankündigt:

Auf Ihren Vortrag bestimme ich, daß die sozial-politischen Angelegenheiten des Reichs, die bisher zum Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsamtes gehört haben, fortan von einer besonderen, dem Reichskanzler unmittelbar unterstellten Zentralbehörde unter dem Namen Reichs-arbeitsamt bearbeitet werden. Die aus diesem Anlaß erforderliche Verteilung der Geschäfte und Beamten des Reichswirtschaftsamtes haben Sie vorzunehmen.

Der Erlass ist aus dem Großen Hauptquartier vom 1. Oktober datiert und an den Reichskanzler Prinz Max von Baden gerichtet.

Helsingfors, 5. Oktober. Anlässlich des deutschen Regierungswechsels stellt Uusi Suometar fest, daß die von der Entente gewünschte Befreiung Deutsch-lands nun eingetreten sei, freilich in einer Weise, die der Entente eine Enttäuschung bereite. Deutschlands Volk, so schreibt das Blatt, hat durch seine Vertreter und im Einver-ständnis mit seinem Kaiser eine unblutige Revolution durchgeführt. Der Regierungswechsel ist ein Zeichen der Kraft, nicht der Schwäche des deutschen Volkes, das sich nicht der Gnade seiner Feinde ergeben will, um einen Frieden um jeden Preis zu erreichen, sondern den Kampf mit noch größerer Kraft fortsetzen wird. Ehrlich wird die neue Re-gierung dem Feinde ihre Kriegsziele bekanntgeben. Wenn die Feinde ehrlich sind, ist das Ende des Krieges nahe.

Suomenradikali schreibt: Die Behauptung, daß die Macht der Deutschen nur unter dem Druck harter Notwendigkeit zur Konsolidierung geschritten sind, wird durch die Leichtigkeit und Ruhe und die von allem Mißklang freie Stimmung widerlegt, unter der sich die durchgreifende Umgestaltung der deutschen Regierung vollzog.

Uusi Suometar bezeichnet den Prinzen Max als den feinsten deutschen Fürsten, der unter anderem das be-sondere Vertrauen der baltischen Sozialdemokraten genießt. Seine Ernennung bedeute das Zusammengehen aller Volks-lager in der Stunde der Entscheidung. Das beweise, daß alle Befürchtungen wegen einer gewalttätigen Lösung der Situation unbegründet seien. Daß die Tätigkeit der deut-schen Regierung mitten im Kriege in aller Ruhe in außer-und innerpolitisch neue Bahnen gelenkt wird, macht das Ereignis zu einem weltgeschichtlichen.

Amsterdam, 6. Okt. „Het Vaderland“ schreibt: England und Oesterreich-Ungarn haben Wilsons Proklamation angenommen und um die Vermittelung des Präsidenten der Vereinigten Staaten ersucht, um dem Krieg ein Ende zu machen. Das ist ein großes Ereignis, das die Welt erschauern lässt, und das doch als Ueberraschung kommt, als die große Ueberraschung, deren Folgen noch nicht zu ermessen sind. Die Mittelmächte erkennen das Friedensangebot eines ihrer Gegner als richtig an. Sie meinen, daß nicht unter dem Einfluß des Verlaufs der kriegerischen Ereignisse aufgestellt wurde, sondern aus der unerschütterlichen Ueberzeugung abgeleitet war, und Prinz Max von Baden hat, indem er dieses Vertrauen in Wilson ausgedrückt, Ansprüche auf dasselbe Vertrauen von Seiten der Alliierten. Er erklärt feierlich, daß die neue deutsche Regierung, die von der Mehrheit des Volkes getragen wird, ebenso wenig gezwögert haben würde, denselben Schritt zu tun, wenn in diesem Augenblick die Kriegsaussichten die Mittelmächte günstig wären.

Kopenhagen, 6. Okt. Die innerpolitischen Ereignisse in Deutschland nehmen hier das ganze Interesse in Anspruch und drängen die Begebenheiten an der Front in den Hintergrund. Die dänische Presse drückt durchweg die Ansicht aus, daß das parlamentarische System nun in Deutschland in Wirklichkeit durchgesetzt werde, und erhofft damit eine günstige Rückwirkung auf den baldigen Abschluß des Krieges. Die Ernennung des Prinzen Max von Baden findet allgemein günstige Aufnahme.

Russisch-türkische Mißhelligkeiten.

Die Moskauer Regierung hebt den Brest-Litowsker Vertrag auf.

Berlin, 5. Oktober. Die Moskauer Sowjetregierung hat an die türkische Regierung eine längere Note gerichtet, in der es u. a. heißt:

Die osmanische Regierung hat sechs Monate lang ungenutzt den Vertrag von Brest-Litowsk trotz aller Proteste der Sowjetregierung verweigert. Und jetzt endlich hat sie ihre Zustimmung erteilt, indem sie eine der wichtigsten Städte der russischen Republik eingenommen und in eine schreckliche Masse verwandelt hat. Dadurch hat die osmanische Regierung gezeigt, daß der Vertrag von Brest-Litowsk, der zwischen der Türkei und Rußland geschlossen wurde, nicht nur in Kraft ist. Die Regierung der russischen Sozialistischen Föderativ-Republik ist gezwungen, festzustellen, daß infolge der Handlungen der osmanischen Regierung der Vertrag von Brest-Litowsk, der zwischen Rußland und der Türkei friedliche Beziehungen herstellen sollte, null und nichtig ist.

Die Note bezieht sich auf die Brest-Litowsker Vereinbarungen zwischen Rußland und der Türkei, denen entgegen die türkische Heeresmacht Rars, Ardahan, Batumi und Baku steht und die dortige Bevölkerung nicht nur zum Heeresdienst ausgehoben, sondern auch allerlei Grausamkeiten angesetzt hat. Nach der Note befindet sich also Rußland in Kriegszustand mit der Türkei, eine eigenartige Lage, wenn man bedenkt, daß Deutschland als Bundesgenosse der Türkei möglicherweise Waffenhilfe leisten sollte. Oben dürfte diese Episode nur vorübergehend sein. Die Rußland sonst über den Frieden von Brest-Litowsk geht, geht aus einer

Note an Deutschland

emor, die vom 2. Oktober datiert ist, und dazu nimmt sie in einem Aufsatze der Volkskommisär Radel Bezug, in dem es heißt: Schweigend zeigt Rußland dem deutschen Volke seine Wunden. Jetzt, wo das deutsche Volk schwere Leiden erlebt, gibt es auch im Herzen des russischen Volkes keine Freude. Das russische arbeitende Volk wünscht keinen Sieg der amerikanischen und Londoner Mächte, es spürt jetzt an seinem eigenen Leibe, was die Befreiungsziele des anglo-französischen Imperialismus bedeuten. Das russische Volk hat dem deutschen Imperialismus keinen Verwundungsfrieden schenken können, dieser hat ihm vielmehr einen harten Machtfrieden aufgezogen. Im Augenblick der schicksalsschweren Krise des deutschen Imperialismus sagen die russischen Volksmassen zu ihm: „Gib wieder, was du genommen hast“; sie wissen, daß der deutsche Imperialismus ihnen schwerlich das freiwillig wiedergeben wird, was er ihnen in dieser Weise genommen hat.“ Dieses spiegelt im gegenwärtigen Moment buchstäblich unsere Empfindungen wider: wir zeigen schweigend unsere Wunden und nehmen an, daß der Schritt, der für Deutschland selbst vorteilhaft ist, von ihm selbst auch unternommen werden wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Beratung der Verfassungsreform in der Kommission des preussischen Herrenhauses wird scheinbar nach zunächst nur bis zur Verabschiedung der Reform des Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus gezwögert werden. Die in erster Lesung beschlossenen Altersbestimmungen sollen wieder beseitigt, also das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht ohne Einschränkung angenommen werden.

Nach der „Post. Stg.“ ist die Note der Sowjetregierung über die von Rußland beantragte Aufhebung des Brest-Litowsker Friedens in der Nacht zum Sonntag bei den zuständigen deutschen amtlichen Stellen eingegangen. Eine Antwort ist natürlich noch nicht erteilt. Angeblich beabsichtigt die deutsche Regierung, eine Antwort zu geben, die die Regelung der Ostfragen der kommenden allgemeinen Konferenz überweist.

Der Krieg.

(Amtlich. B. L. B.)

Großes Hauptquartier, den 6. Oktober 1918.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
In Flandern und vor Cambrai ruhiger Tag. Keine wesentlichen Veränderungen an vielen Stellen der Front.

Heeresgruppe Vochn.
Wir haben in vorletzter Nacht den zwischen Grebenoy und Beaurevoir an den Kanal in Linie Vantoux-Le Cateau vorspringenden Stellungsbogen auf und nahmen die dort stehenden Truppen in rückwärtige Linien zurück. Engländer und Franzosen setzten ihre Angriffe zwischen Le Ca-

telet und nördlich von St. Quentin fort. Beaurevoir und Rantberghain blieben in ihrer Hand. An der übrigen Front sind ihre Angriffe vor unseren Linien gescheitert. In den Kämpfen bei Beaurevoir zeichnete sich das Reserve-Infanterie-Regiment 56 unter seinem Kommandeur Major v. Loebbecke besonders aus.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Erneute Angriffe der Franzosen und Italiener am Chemin des Dames wurden abgewiesen. In Fortsetzung der am 3. 10. begonnenen Bewegungen östlich von Reims und beiderseits der Suippes haben wir in vorletzter Nacht unsere Stellungen am Vimont und Verru geräumt und rückwärtige Linien bezogen. Der Feind folgte im Laufe des Tages. Wir standen am Abend mit ihm an der Suippes beiderseits der Straße Reims-Reuschel, bei Lavanne-Épône-Pont-Averger und an der Arnes in Geiselsberührung.

Zwischen der von Somme-Py nach Norden führenden Straße und östlich von Liry griffen Franzosen und Amerikaner erneut mit starken Kräften an. Wir haben nach schwerem Kampf unsere Stellungen restlos behauptet. Das Westfälische Infanterie-Regiment Nr. 55 und das Westpreussische Infanterie-Regiment Nr. 149 zeichneten sich hierbei besonders aus. Die 199. Infanterie-Division schlug den in 15 Wellen tief gegen die Liry-Höhe anstürmenden Feind mehrfach zurück. Leutnant Warfod mit Kompanien des Infanterie-Regiments Nr. 357 hat an der Abwehr des Feindes besonderen Anteil. Der Feind erlitt schwerste Verluste. Teilangriffe des Gegners am Westrande der Argonnen scheiterten.

Heeresgruppe Gallwin.

Zwischen den Argonnen und der Maas setzte der Amerikaner seine starken Angriffe fort. Östlich von Exermont gelang es ihm, bis auf die Balldhöhen etwa 1 km nördlich des Ortes vorzustoßen. Hier sind seine in den Nachmittagsstunden erneut vordringenden Angriffe gescheitert. Weiterseits der von Charpentry auf Romagne führenden Straße brachen die Angriffe wiederum vor den Linien Elaf-Lothringischer und Westfälischer Regimenter völlig zusammen. Weiter östlich drang der Feind in den Fays-Wald ein. Im übrigen wurde er abgewiesen.

Wir schossen gestern 37 feindliche Flugzeuge und 2 Hellschall ab. Außerdem wurden von einem feindlichen in Angriffslage auf die Bialz befindlichen Geschwader 5 Flugzeuge im Luftkampf abgeschossen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unsere bisher im Rahmen des bulgarischen Heeres kämpfenden Truppen wurden herausgelöst und sind im Rückmarsch in ihre Versammlungsräume. Sie haben den an sie gestellten hohen Anforderungen voll entsprochen und Hervorragendes geleistet.

Asiatischer Kriegsschauplatz.

Die in Palästina an der Seite unseres treuen türkischen Bundesgenossen kämpfenden deutschen Bataillone muhten im Verein mit den schwachen türkischen Kräften erdrückender türkischer Übermacht weichen und sind in Rückmarsch über Damaskus in nördlicher Richtung.

Der Erste Generalquartiermeister.
Lubendorff.



Die Tat allein
Beweist der Liebe Kraft.
Du liebst Dein Land?
Handle. Bring' ihm Dein Geld!
Darum zeichne!

Oberst Egli stellt in den „Basler Nachrichten“ fest, daß die Mittelmächte noch nie einen so starken Druck ihrer Feinde auszuhalten hatten wie gerade jetzt. Die Schlacht in Frankreich hat für die Deutschen vollständig den Charakter einer Abwehrschlacht angenommen und ist die größte blutigste Schlacht der Weltgeschichte überhaupt. Man hat den bestimmten Eindruck, daß die Alliierten suchen, unter Einsatz aller verfügbaren Kräfte noch vor Einbruch der schlechten Jahreszeit eine Entscheidung herbeizuführen. Anders läßt sich der unentwegte Aufsturm gegen die deutschen Stellungen unter Einsatz gewaltiger Massen ohne Rücksicht auf die großen Blutopfer nicht erklären. Die Alliierten haben trotz der vereinten Anstrengungen ein entscheidendes Ergebnis noch nicht erzielt. — Oberst Egli, der erst kürzlich an der Westfront weilte, hat den bestimmten Eindruck empfunden, daß die deutsche Oberste Heeresleitung noch lange nicht alle Kräfte ausgepielt hat. Die ganze Kampfweise macht den Eindruck des Hinhaltens und des Verweilens, die feindlichen Streitkräfte festzuhalten, und aufzubrechen unter möglichst geringem Einsatz aller Kampfmittel.

Deutsche U-Boot-Arbeit.

Eine portugiesische Zeitung berichtet: Am 7. September gegen 12 Uhr nachts erschienen etwa zwei Seemeilen südwestlich von Leixoes (bei Porto) ein deutsches Unterseeboot, eröffnete das Feuer auf den Dampfer „Primorola“, der sich in der Nähe der südlichen Rote befand, und versenkte ihn. Einen Tag vorher wurde der bei Albano an der Küste von Leixoes 1916 gestrandete Dampfer „Defertas“ (früher deutscher Dampfer „Hochfeld“, 3889 B.R.-T.), der so ziemlich wiederhergestellt war, und den man bald wieder benutzen zu können hoffte, von einem großen deutschen Unterseeboot beschossen.

Vom Tage.

Berlin, 6. Oktober. Amtlich wird gemeldet: Im Sperrgebiet um England versenkten unsere U-Boote 23 000 Brutto-Registertonnen, darunter zwei Tankdampfer.

Berlin, 6. Oktober. Generalfeldmarschall v. Hindenburg ist wieder nach dem Großen Hauptquartier abgereist.

Sofia, 6. Oktober. In der geheimen Sitzung der Sobranje, die 5 Stunden dauerte, wurde das Abkommen über den Waffenstillstand mit der Entente einstimmig angenommen. Gestern fand die feierliche Thronbesteigung des Zaren Boris statt. Auch der deutsche und der österreichische Gesandte wohnten dem Akt bei.

Budapest, 6. Oktober. Erzherzog Ferdinand von Bulgarien passierte Budapest in einem Sonderzug. Er begab sich nach seinen Gütern in Ebenhal. In Sofia soll Ruhe herrschen. Aus der Umgebung des Erzars verlautete, der Grund der Abdankung sei eine Verletzung des persönlichen Ehrgefühls des Königs, der den drohenden Bürgerkrieg

vermeiden und trotzdem seiner Bündnispflicht nicht untreu werden wollte. Deshalb gab er Rastom freie Hand, soz selbst über die Folgerungen.

Rom, 6. Oktober. Ministerpräsident Orlando gab in seiner Rede zur Eröffnung der Kammer der Freude über den Austritt Bulgariens aus dem Bündnis Ausdruck und mahnte im übrigen zum Durchhalten, damit der Frieden erkämpft werde.

New York, 6. Oktober. Seit Dienstag sind sämtliche Friedenswerte der New Yorker Börse sprunghaft gestiegen, während Kriegswerte stürzten. Zahlreiche Werten wurden abgeschlossen, daß der Frieden bis Weihnachten fertig sei.

Königsberg i. Pr., 6. Oktober. Der von hier flammende Fliegerleutnant Fritz Rumen, der 44 feindliche Flugzeuge abgeschossen hat, ist tödlich abgestürzt. Rumen war vor dem Kriege Dachdecker, wurde als hervorragender Kampfflieger zum Offizier befördert und erhielt den Orden Pour le Mérite.

Berlin, 5. Oktober.

Die französischen Flugblätter im Elia.

Die von französischen Agenten im Elia verbreiteten Flugblätter und Plakate bedienen sich nicht nur der französischen und deutschen Sprache, sondern auch des Elässer Dialekt, um von den Einwohnern recht verstanden zu werden: Jeder Elässer, wo uns auf die Art belst, d' Wohret zue verbeita, macht sich um unfri armi Heimat verdient; unser veritawel Vaterland word sich drifer dankbar zeiaa, beist es da unter anderem. Es lieat eine hübsche Aonie darin, daß die Franzosen, die doch die urfranzösische Abstammung der Elässer immer betonen, gezwungen sind, sogar in ihren Aufrufen an die elässische Bevölkerung den urdeutschen alemannischen Dialekt zu gebrauchen, wenn sie recht verstanden werden wollen. Daß nichts besser geeignet ist, das Deutschtum der Elässer zu beweisen, das hat man sich in dem „veritawel Vaterland“ wohl nicht ganz klar gemacht?

Berlin, 5. Oktober. England sucht noch immer neuen Vorwänden, um den Raub deutscher Kolonien zu rechtfertigen. Nachdem kürzlich der Dünich, die Reger von der angeblichen Gewalt Herrschaft der Deutschen zu befreien, als Grund angeführt wurde, bringt Reuter jetzt als neuesten Beweis für die Notwendigkeit, die deutschen Kolonien dem britischen Weltreich einzuverleiben, die unsinnige Behauptung, Deutschland würde die Kolonien in Zukunft als Basis für U-Boote ausbauen. Jeder Fachmann wird über einen solchen Gedanken lächeln. Die Urwälder, Plantagen und Steppen Afrikas sind als Hinterland für eine U-Boots-Basis ohne jeden Wert. Die U-Boote brauchen als Hinterland ein technisch hochentwickeltes Land, das instande ist, die für Reparaturen notwendigen Rohstoffe und Ersatzteile für alle die feinen technischen Einzelheiten, Schrauben, Akkumulatoren, Motoren usw. zu liefern. Ebenfalls wie dieses Material aus dem Hinterlande der Kolonialhöfen zu beschaffen wäre, fehlt auch das technisch vorgebildete Personal. Oder glaubt Reuter vielleicht, man könnte im Handumdrehen einen Duala-Neger in einen Präzisionsarbeiter umwandeln? Die U-Boote werden bekanntlich nicht durch Dampfmaschinen fortbewegt, deren Kessel man eventuell mit dem Holz der afrikanischen Urwälder speisen könnte, sondern sie brauchen Petroleum für ihre Motoren und anderes Material für die Akkumulatoren. Bis jetzt sind diese Stoffe in Afrika noch nicht entdeckt worden. Diese wenigen Hinweise mögen genügen, um zu zeigen, daß die Engländer vor den schamlosesten Lügen nicht zurückschrecken, wenn es sich darum handelt, eine neue räuberische Absicht zu bemänteln.

Berlin, 6. Oktober.

Bericht der Landesverrat.

Atheinischen Blättern zufolge hat das außerordentliche Kriegsgericht in Köln den dortigen Radiermeister August Hartmann wegen Reklamationschwindel zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Hartmann hatte eine größere Anzahl Personen für seinen Betrieb rekrutiert, hatte sie aber nur unbedeutend oder überhaupt nicht beschäftigt, so daß die Rekrutierten ihrem Zivilberuf nachgehen konnten. Er hat also auf betrügerische Weise dem Staate Gilskräfte entzogen und damit unmittelbar die Kriegsmacht Deutschlands geschädigt. Das Gericht hielt den Beschuldigten nicht des vollendeten Landesverrats, wohl aber des versuchten Landesverrats gemäß §§ 89, 43 des St. G. B. für überführt. Mildernde Umstände muhten dem Beschuldigten verlag werden, da ein Verhalten, wie er es unter grobem Mißbrauch seiner Stellung zum Schaden der deutschen Heeresmacht unternahm, aufs schärfste zu verurteilen ist.

Dieser Vorfall mag zur Warnung dienen, daß jeder sich in gleicher Weise schuldig macht, der in Reklamationsangelegenheiten durch falsche Angaben dem Staate Gilskräfte entzieht.

Aus Rab und Fern

Herborn, den 7. Oktober 1918.

* Der Bizefeldwebel Jakob Strohm vom Württ. Gebirgs-Regt., z. 3t. im hiesigen Vereinslazarett, wurde zum Leutnant befördert.

* Es sei nochmals auf das Gastspiel des Wand-theaters des Stello. Gen. Rdo. 18. A.-R. am Mittwoch, den 9. Oktober, abends 8 Uhr im Saalbau Mehlher aufmerksam gemacht. Die feldgrauen Bühnenkünstler, welche hier bei ihrem früheren Auftreten mit dem Stück „Treue um Treue“ großen Erfolg errungen haben, werden sicher auch mit der Aufführung von „Schorsch Durstig“, einem lustigen Spiel, das bereits in anderen Städten sehr gefallen hat, bei uns Beifall ernten. Die bewährten Solokräfte, die in dem vorangehenden „Bunten Teil“ mitwirken, werden ein völlig neues Programm in Rezitationen, Liedern, Quartetten und humoristischen Vorträgen zu Gehör bringen. Es wird bei der zu erwartenden starken Nachfrage nach Eintrittskarten empfohlen, sich diese rechtzeitig im Vorverkauf in der Buchhandlung von Louis Baumann zu bestellen.

* (Stadttheater Siegen.) Dienstag, 8. Oktober, abends 7½ Uhr „Das Nürnbergische Ei“, Schauspiel in 4 Akten von Walter Harlan; Ende nach 10 Uhr. Freitag, 11. Oktober, abends 7½ Uhr „Die Herren Söhne“, Lustspiel in 3 Akten von Oskar Walter und Leo Stein; Ende gegen 10 Uhr. Sonntag, 13. Oktober, nachmittags 3½ Uhr „Mit Heidelberg“,

Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meier-Förster; Ende nach 6 Uhr. Abends 7½ Uhr „Die Orientreise“, Schwanh in 3 Akten von Blumenthal und Kadelburg; Ende nach 9½ Uhr.

* **Strasporto** ist jetzt an der Tagesordnung. Gar viele Versender von Postfächern haben sich noch nicht an das am 1. Oktober in Kraft getretene erhöhte Porto gewöhnen können und die Leidtragenden sind dann die Empfänger, die das Strasporto zu tragen haben. Aber nicht jeder ist geneigt, Nachporto zu bezahlen, er läßt die Sendung zurückgehen und der Absender hat die schmerzliche Gewissheit, daß seine Sendung zu jenen gehört, „die ihn nicht erreichten“. Also: richtig frankieren. Briefe im Ortsverkehr: 10 Pf., im Fernverkehr wie bisher 15 Pf. bei einem Gewicht bis zu 20 Gr. Für Briefe über 20—250 Gr. zählt man im Ortsverkehr 15 Pf., im Fernverkehr 25 Pf., Postkarten kosten im Ortsverkehr 7½ Pf., im Fernverkehr 10 Pf., Druckachen bis 50 Gr. 5 Pf., 50—100 Gr. 7½ Pf., 100—250 Gr. 15 Pf., 250—500 Gr. 25 Pf.

* **(Altnassauisches Studentenleben.)** Die Hundertjahrfeier des theologischen Seminars zu Herborn am 15. und 16. ds. Mts. weckt die Erinnerung an die Zeit, da Herborn Universität war und in den Mauern des Städtchens fleißiges und frohes Studentenleben sich entfaltete. Theologische, juristische, medizinische und philosophische Vorlesungen wurden gehalten. Genaue Vorschriften regelten das Leben der Studenten. Die Aufsicht über die Studenten hatten die Professoren. Sie hatten sich nicht nur um den Besuch der Vorlesungen, sondern auch um das häusliche Leben der Studenten zu kümmern und um ihr leibliches Wohlergehen. Zweimal im Jahr mußte der Senat die Verpflegung und das Betragen der Studenten einer genauen Kontrolle unterziehen. Den Studenten war die Möglichkeit gegeben, gemeinsam zu speisen. Zu diesem Zweck war die akademische Küche eingerichtet. Unbemittelte aßen hier umsonst, andere zahlten einen geringen Betrag. Strafen und Abzüge zahlten jährlich 40 Gulden, der zweite Tisch kostete 28 Gulden, der dritte 11 Reichstaler. Wer sich nicht an dem gemeinsamen Essen beteiligen wollte, ob im Gasthaus oder in Bürgerhäusern, die von Zeit zu Zeit vom Rektor und Bürgermeister revidiert wurden. Bei Tisch sollten die Studenten im Reden und Benehmen ein geistiges Betragen zeigen. Der Gottesdienst mußte regelmäßig besucht werden. Verboten war das Waffentragen, der Besuch des öffentlichen Schießplatzes, jedes studentische Treiben in der Nacht, ebenso das Kneipen und Schuldenmachen, sowie jede Art von Duell; Fischen, Vogelfang und Spiele um Geld wurden nicht geduldet. Einfachheit in der Tracht war Vorschrift. Der Verkehr der Studenten im Hause der Professoren wurde gewünscht. Auch mit der Bürgererschaft standen die Studenten in lebhaftem Verkehr, wovon das Verbot des frühen Heiratsens der Studenten Zeugnis gibt.

Weglar, Herr Amtsrichter Henrich von hier, der als Hauptmann im Felde steht, ist zum Amtsgerichtsrat ernannt worden.

Die Buderus'schen Eisenwerke haben sich dazu bereit erklärt, jedem in ungekündigtem Arbeitsverhältnis stehenden Arbeiter einen zinslosen, längstens in einem halben Jahr rückzahlbaren Voranschlag von 100 Mk. zu gewähren, mit der Bestimmung, daß der Betrag zur Zeichnung auf die 9. Kriegsanleihe Verwendung findet.

Wiesbaden. Die Nachricht, daß zur Bekämpfung der nächtlichen Einbrüche den Kadengeschäften auf Ersuchen gegen billiges Entgelt militärische Nachtposten zur Verfügung gestellt würden, ist unrichtig.

Höchst a. M. Anheimelnd Frankfurter Einbrecher haben in der Nacht zum Samstag eine große Schaufenscherbe des Konfektionsgeschäftes von Emil Baum, Kaiserstraße zertrümmert und aus der Auslage zahlreiche Blumen, Damenmäntel, Kostüme, Unterröcke und andere Bekleidungsstücke gestohlen. Auf die Ermittlung der Diebe bzw. der gestohlenen Sachen hat das Geschäft eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

Frankfurt a. M. Der Buchhalter eines der ersten Frankfurter Gasthäuser ist nach Unterschlagung von 27 000 Mark flüchtig gegangen.

o **Gute Ernte in Schleswig-Holstein.** Von der Eider wird berichtet: Die Ernte ist trotz des vielfach ungünstigen Wetters gut unter Dach gebracht worden. Nur wenig Hafer steht noch auf dem Felde. Roggen und Weizen haben einen sehr guten Ertrag gegeben, ebenso die Gerste, nur der Buchweizen hat vom Regen teilweise gelitten. Jetzt ist auch die Kartoffelernte nahezu beendet; der Ertrag ist reichlich. Ebenso ergiebig ist die Kohlernte. Die Hackfrüchte stehen vorzüglich.

o **Die neue Reichsmarmelade.** Die die Reichsstelle für Gemüse und Obst den Kommunalverbänden mitteilt, wird am 1. November die Verteilung von Marmelade als Brotzusatzmittel wieder einsetzen. Die mit diesem Monat ablaufende Pause entspricht dem auch im Vorjahre befolgten Grundsatze der Reichsstelle, nur während 9 Monaten im Jahre ihrerseits Brotzusatzmittel zu liefern.

Letzte Nachrichten.

Die Wahlrechtsvorlage.

Berlin, 7. Okt. (U) Unter den Abgeordneten des Abgeordnetenhauses sind Bestrebungen im Gange, die Erledigung der Wahlrechtsreform möglichst zu beschleunigen und eine Verständigungsgrundlage zwischen den Parteien zu finden, da sie die Reform im Sinne des Prinzen Max von Baden durchzuführen bestrebt sind. Die Verhandlungen, die gestern im Landtage begannen, werden noch fortgesetzt werden.

Ein Erlaß König Ludwigs von Bayern.

München, 7. Okt. (U) Ein Erlaß des Königs wird bekannt gegeben, worin es heißt: Mehr als 4 Jahre habt ihr im Verein mit Angehörigen der anderen deutschen Staaten und unseren treuen Verbündeten dem Ansturm fast der ganzen Welt getrotzt. So habt ihr den

heiligen Boden des Vaterlandes, Haus und Hof, Hab und Gut, Kind und Weib und den heimischen Herd vor den Schrecken des Krieges bewahrt. Seine Majestät der Kaiser hat dem Feinde den Frieden angeboten, um dem nicht enden wollenden Blutvergießen ein Ende zu machen. Trotzdem steht festest der unbeugsame Wille des Heeres und des Volkes, den Kampf, wenn wir ihn fortzusetzen gezwungen werden, bis zum Äußersten durchzuführen. Dann endlich die Waffen ruhen, hängt von Eurem harten Willen, Eurer Festigkeit, Geschlossenheit und Manneszucht des Vaterlandes und somit unserer aller Zukunft ab. Schämt weiter unsere Heimat! Das Vaterland schaut auf Euch!

Warnung vor großen Hoffnungen.

Wien, 7. Okt. (U) Den Zeitungen wurde amtlich mitgeteilt, daß die Noten der Regierungen der Mittelmächte erst am Sonntag von der Entente zur Kenntnis genommen werden konnten und daß die Antwort wohl erst in einigen Tagen erfolgen dürfte. Eine ablehnende Antwort liege immerhin im Bereiche der Möglichkeiten, weshalb allzu bestimmte Hoffnungen nicht gehegt werden sollten.

Ablehnende Stimme aus Feindeslager.

Genf, 7. Okt. (U) Havas verbreitet eine Note, in der erklärt wird: Obgleich das Friedensangebot der Mittelmächte hier noch nicht amtlich mitgeteilt ist, kann man die ablehnende Antwort leicht voraussehen. Dies erklärt sich aus den Gründen, die Deutschland zu dem Schritte bestimmten, und zwar die Minderheit Österreichs und der Türkei, der Abfall Bulgariens. Auch herrscht in Deutschland eine innere Krisis, deren letzte Anzeichen die Entlassung Hertlings war. Die Leiter des Deutschen Reiches sehen ein, daß ein Sieg unmöglich sei und wollten daher das Eindringen des Feindes in Deutschland und Repressalien vermeiden. Sie gestehen durch das Friedensangebot ihre Niederlage ein. Sie stellen sich unter die Ägide Wilsons und erklären sich bereit, dessen Bedingungen anzunehmen. Wilson habe aber am 27. September im voraus geantwortet und mit den Verbündeten erklärt, daß der Friede nicht durch Feilschen oder ein Kompromiß, sondern nur durch den Sieg zu erlangen sei.

Die Aufnahme des Friedensschrittes in der Schweiz.

Bern, 7. Okt. (U) Die Nachricht von den Angeboten der Mittelmächte hat in der Schweiz große Bewegung hervorgerufen, die von dem tiefen Friedensbedürfnis zeugt. Seit 12 Stunden spricht man von nichts als von dem möglichen Frieden. Auch in der welschen Schweiz, deren Presse den Krieg bis zum bitteren Ende forderte, scheint das Angebot lösend gewirkt zu haben. Wenigstens ist man auch dort der Meinung, daß die Entente diesmal auf eine Diskussion eingehen muß. — Die „Neue Zürcher Ztg.“ sagt: Ob die Entente darauf eingeht, ist nicht von vornherein zu verneinen. Die Frage ist nur, ob die Mittelmächte auf die Hauptbedingungen der Entente für die Waffenruhe glauben eingehen zu können. Nach dem Beispiel Bulgariens wird die Entente voraussichtlich die Räumung sämtlicher besetzten Gebiete verlangen.

Schlaganfall Lord Georges.

Wien, 7. Okt. (U) Nach einer Meldung der „Reichspost“ aus Zürich hat Lord George einen Schlaganfall erlitten. Das Befinden des englischen Premierministers soll ernst sein.

Verstärkung der deutschen Besatzungen in Serbien und Montenegro.

Basel, 7. Okt. (U) „Secolo“ meldet, daß die deutsche und die österreichische Heeresleitung ihre Besatzungen in Albanien, Montenegro und Serbien durch Landwehreinheiten verstärken.

Mallnows geheuchelte Entschuldigung.

Berlin, 7. Okt. (U) Der bulgarische Ministerpräsident Mallnow hat nach einer dem „Lokal-Anzeiger“ aus Sofia zugehenden Meldung gesagt, daß die Niederlage der bulgarischen Armee ihren Grund in der mangelhaften militärischen Unterstützung von Seiten der Mittelmächte gehabt hat. Diese Behauptung ist durchaus unwahr. Sie ist nur aufgestellt worden, die ungeheure Schuld, die Mallnow durch die von ihm inspierten politischen Antriebe an der Front auf sich lud, vor der Volksvertretung, die ihn in der geheimen Sitzung zur Rechenschaft ziehen wollte, auf andere abzuwälzen und den Verbündeten Bulgariens das Odium des von ihm veranlaßten und angenommenen Waffenstillstandes aufzubürden. In Wahrheit haben die Mittelmächte nicht nur alle Bulgaren gegenüber übernommenen Verpflichtungen erfüllt, sondern sie haben viel mehr Truppen und Material nach Bulgarien geschickt, als vereinbart worden war.

Kronprinz Carol von Rumänien verzichtet.

Wien, 7. Okt. (U) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Czernowitz: Kronprinz Carol hat seinen Eltern seinen unabänderlichen Wunsch kundgetan, auf den Thron zu verzichten. Der König und die Königin bemühen sich, die Heirat für nichtig erklären zu lassen, und es heißt, der König habe Zizi Labrino 20 Millionen Lei als Abstandssumme angeboten, was die junge Frau jedoch zurückgewiesen habe. Gleich nach seiner Rückkehr aus Odessa soll der Prinz eine heftige Auseinandersetzung mit der Königin gehabt haben. Die Angelegenheit hat eine Regierungskrise hervorgerufen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Die Auszahlung der Reichsfamilienunterstützungen erfolgt im Oktober:

Dienstag, den 8., 15., 22. und 29.,

vormittags von 8½—12½, und nachmittags von 3—4 Uhr.

An anderen Tagen wird nichts gezahlt.

Herborn, den 5. Oktober 1918.

Die Stadtkasse.

Fleischversorgung.

In der Verordnung über die Regelung der Fleischversorgung vom 1. Oktober 1916, 6. Januar, 6. März, 25. Juni und 15. Oktober 1917 werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. der 3. Absatz des § 16 der Verordnung vom 15. Oktober 1916 wird gestrichen;

2. der 2. Absatz des § 16 der Verordnung vom 15. Oktober 1917 erhält folgende Fassung:

Von dem amtlich festgestellten Gewicht des Schlachtkörperes und des Wildbrets stehen jeder Person des Haushalts (Kinder unter 6 Jahren und Kriegsgefangene als halbe Personen) 400 Gramm zu.

Diese Verordnung tritt vom 25. d. M. in Kraft. Für Fleischschlachtungen, die vor dem Zeitpunkt vorgenommen werden, verbleibt es hinsichtlich der Anrechnung der Fleischquoten bei den bisherigen Vorschriften.

Dillenburg, den 2. Oktober 1918.

Der Kreisausschuß,

J. B. Fr. Jang, Kreisdeputierter.

Wird veröffentlicht.

Herborn, den 7. Oktober 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Bekanntmachung.

betr. Höchstpreise für Schlachtkörper.

Auf Grund des § 4 der Ordnung des Viehhandelsverkehrs wird folgendes bestimmt:

Mit Ermächtigung des Herrn Staatssekretärs des Innern ernährungsamtes vom 18. September 1918 wird unsere Bekanntmachung vom 12. August ds. Js. — VI 865 — abgeändert, daß Lämmer und Jährlinge, welche zwar fleischig, aber nicht vollfleischig sind, nach Klasse I mit einem Höchstpreis von Mk. 90.— für je 50 Kilogramm Lebendgewicht ab Stall zu bewerten sind. Diese Abänderung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Höchstpreise, welche für den Zentner Lebendgewicht ab Stall überschritten werden dürfen, stellen sich hiernach wie folgt:

Klasse I: vollfleischige Lämmer und Jährlinge (Hammel und ungelammte Schafe) Mk. 100.—

Klasse II: fleischige Lämmer und Jährlinge, vollfleischige und fette Mutterschafe Mk. 90.—

Klasse III: magerere und gering genährte Schafe, auch Zuchtböcke Mk. 80.—

Klasse IV: milderwertige und abgemagerte Schafe Mk. 70.—

Die Feststellung des Lebendgewichts erfolgt unter 5 Prozent.

Frankfurt a. M., den 30. September 1918.

Viehhandelsverband für den Regierungsbezirk Wiesbaden.

Der Vorstand.

Wird hiermit veröffentlicht.

Herborn, den 7. Oktober 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Kartoffelförbe u. Mabuen

versendet jedes Quantum.

Kordmacherei Joh. Henrich, Schwanheim a. M.

Arbeiter u. Arbeiterinnen

gesucht.

Wehr & Saltinger, Herborn.

Ein tüchtiges Dienstmädchen

zum 1. November gesucht.

Gasthaus Louis Lehr.

Ein besseres, zuverlässiges

Alleinmädchen

in Küche und Haus erfahren,

zum 1. November gesucht.

Frl. Emma Heerz,

Weglar, Promenade 1a.

Mist.

Zirka 200 Ztr. Vieh- u.

Pferdemist abzugeben.

Gasthaus zum weißen Roß,

Burg.

Eine noch gut erhaltene Feldschmiede

zu verkaufen. Wo? bei der Geschäftsstelle ds. B.

Nähmaschinen

in bekannter Güte, sowie

Kartoffelkraut essbar

Gustav Medel, Kallert.

Salicyl u.

Salicylpergamentpapier,

Einmachtabletten

empfehlen

Drogerie H. Doelke



Ganz unerwartet erhielten wir die traurige Nachricht, daß mein lieber Sohn, unser guter Bruder,

der Musketier

Walter Moos

im Alter von 21 Jahren auf dem Felde der Ehre gefallen ist.

Erdbach, den 7. Oktober 1918.

In tiefem Schmerz:

Frau Hermine Moos.